

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2015

Einzelplan 01

**für den Geschäftsbereich des
Hessischen Landtags**

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	58
	Abschluss des Einzelplans	80
	Stellenpläne, Stellenübersichten	83

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 28. Dezember 2005 (GVBl. I 2006 S. 110, 439), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786, 801), besteht der Hessische Landtag in der 19. Wahlperiode aus 110 Abgeordneten. Die Abgeordneten wurden am 22. September 2013 gewählt. Die Wahlperiode begann am 18. Januar 2014 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 17. Januar 2019.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), geändert und neu in Kraft gesetzt am 18. Januar 2014 (GVBl. I S. 49). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106), zuletzt geändert am 19. November 2008 (GVBl. I S. 978).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags als oberste Landesbehörde.

Dem Hessischen Landtag formal zugeordnet ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, eine eigene unabhängige oberste Landesbehörde, deren Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel im Einzelplan 01 ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2015	2014
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 874 400	1 578 000
2	Übertragungseinnahmen	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	245 900	256 500
Gesamteinnahmen		2 120 300	1 834 500
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	37 079 300	38 471 900
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	7 661 700	6 989 400
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	9 357 100	8 870 500
7	Bauausgaben	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	408 800	337 700
9	Besondere Finanzierungsausgaben	2 706 100	1 687 900
Gesamtausgaben		57 213 000	56 357 400
Zuschuss / Überschuss		-55 092 700	-54 522 900

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen			
	2015	davon Leerstellen	2014	davon Leerstellen
Beamte und Richter	124,5	6,5	121,5	4,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	113,5	1,0	113,5	2,0
davon Auszubildende	3,0		3,0	
Zusammen	238,0	7,5	235,0	6,0

Zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat die Landesregierung ein Programm zum Abbau von rd. 1.800 Stellen beschlossen. Auf den Einzelplan 01 entfallen in der 19. Legislaturperiode insgesamt 5 Stellen.

D. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten**Oberziel des Hessischen Landtags**

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu dem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten 2015 1.000 EUR	Plankosten 2014 1.000 EUR	Istkosten 2013 1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament (Produkt-Nr. 1)	11.219,3	10.706,2	10.941,9
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	3.215,9	2.972,9	2.547,1
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	936,1	874,1	821,0
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4) - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	886,8 2.221,9	794,3 2.065,1	894,8 1.639,0

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat die Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürger- bzw. kundenfreundlichen Verwaltung und Unternehmenskultur beitragen."

Ziele	Plankosten 2015 1.000 EUR	Plankosten 2014 1.000 EUR	Istkosten 2013 1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften und durch der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie durch nicht öffentliche Stellen mit Sitz in Hessen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG (Produkt-Nr. 6)	4.036,9	3.736,4	3.190,3
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	566,2	481,7	334,7

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kapitel 01 03

Im Jahr 2015 ergibt sich eine wesentliche Veränderung bei den Personalkosten dadurch, dass der Hessische Datenschutzbeauftragte seit seiner Wahl im März 2014 diese Position im Hauptamt ausübt. Entsprechend seiner Stellung als unabhängige oberste Landesbehörde steht ihm ein Fahrer mit Fahrzeug zu.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Landtag

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht in der 19. Legislaturperiode aus 110 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung des Hessischen Landtags - GOHLT). Das Präsidium stellt insbesondere den Voranschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GOHLT).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei. Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und drei Abteilungen. Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. 1 GOHLT).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für das Haushaltsjahr 2015 werden mit diesem Haushaltsplan vorgegeben (siehe "Erläuterungen Erfolgsplan", Abschnitt "Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen").

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament
- Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
- Begleitung von Petitionen
- Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
- Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung gebildet und
- Externe Leistungen
- Zwischenbehördliche Leistungen

definiert, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

Projekte werden nach Bedarf beschlossen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kosten der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften. Die in § 2 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 37 LHO für Produkte geltenden Regelungen sind für die Kosten der Legislative analog anzuwenden.

Leistungsplan

Die Ansätze der Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Zwischenbehördlichen Leistungen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

Die Kosten der Legislative sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Arbeit der Kanzlei des Landtags wird weitestgehend durch die Anforderungen der Abgeordneten (Kontrolle der Landesregierung durch Initiativen, Ausrichtung von Protokollanlässen und Veranstaltungen u.ä.), sowie der Bürger (Petitionsrecht) bestimmt. Die Abgeordneten sind in ihren Entscheidungen völlig unabhängig (Art. 38 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 77 HV). Somit muss die Kanzlei flexibel und möglichst zeitnah die ihr gestellten und von ihr nicht steuerbaren Aufgaben erfüllen. In den Erläuterungen der Produktblätter finden sich deshalb keine Kennzahlen.

Interne Steuerungsinstrumente sind demgegenüber vorhanden.

Erfolgsplan

50 v.H. des managementbedingt entstandenen Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage (Verwaltungsrücklage) eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Das Jahresergebnis Legislative ist Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nicht zugänglich, weil die umfassten Aufwendungen gesetzliche Ansprüche abdecken, deren Erfüllung oder Inanspruchnahme nicht steuerbar ist. Aufgrund dessen ist die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch eine Gewinnabführung oder eine Verlustübernahme an den Landeshaushalt auszugleichen.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig. Die in den Erläuterungen genannten Einzelinvestitionen sind nicht verbindlich.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralem Rumpfhaushalt

Siehe kameralem Haushalt.

Zum 31.12.2013 bestehen eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 378.908,14 EUR und eine Investitionsrücklage in Höhe von 1.747.019,20 EUR.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2015				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament	13.666	11.219,3	1.801,9	9.417,4	-
2		Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	29.390	3.215,9	15,5	3.200,4	-
3		Begleitung von Petitionen	7.982	936,1	6,0	930,1	-
4		Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	7.781	886,8	4,4	882,4	-
5		Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	13.240	2.221,9	14,1	2.207,8	-
Summe Produkte				18.480,0	1.841,9	16.638,1	-
Projekte							
1	weg	Enquetekommission Integration	-	-	-	-	-
2	weg	Untersuchungsausschuss 18/2	-	-	-	-	-
3	weg	Untersuchungsausschuss 18/3	-	-	-	-	-
4		Enquetekommission "Bildung"	1	170,5	0,3	170,2	-
5		Untersuchungsausschuss 19/1	1	137,7	0,1	137,6	-
6		Untersuchungsausschuss 19/2	1	752,8	0,1	752,7	-
Summe Projekte				1.061,0	0,5	1.060,5	-
Externe Leistungen							
1		Herstellung, Druck und Kopie für Externe	4.500	18,2	18,2	-	-
Summe Externe Leistungen				18,2	18,2	-	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Ausbildung von Rechtsreferendaren	60	8,0	0,1	7,9	-
2		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise	-	-	-	-	-
3		Veranstaltungen, Pressekonferenzen, LPK	1	152,3	4,9	147,4	-
4		Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	1.565	73,2	0,2	73,0	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				233,5	5,2	228,3	-
Gesamtsumme				19.792,7	1.865,8	17.926,9	-

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2014					Ist 2013				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
15.299	10.706,2	1.516,1	9.190,1	-	15.903	10.941,9	1.711,8	9.495,1	265,0
30.652	2.972,9	8,3	2.964,6	-	26.667	2.547,1	15,6	2.945,9	414,4
8.506	874,1	2,7	871,4	-	7.247	821,0	6,2	901,8	87,0
6.762	794,3	2,0	792,3	-	9.308	894,8	7,9	708,9	-178,0
12.714	2.065,1	31,7	2.033,4	-	12.098	1.639,0	26,3	1.824,9	212,2
	17.412,6	1.560,8	15.851,8	-		16.843,8	1.767,8	15.876,6	800,6
-	-	-	-	-	1	70,5	0,3	227,7	157,5
-	-	-	-	-	1	1,4	-	-	-1,4
-	-	-	-	-	1	315,6	1,5	-	-314,1
1	159,2	0,2	159,0	-	-	-	-	-	-
1	120,0	-	120,0	-	-	-	-	-	-
1	300,0	-	300,0	-	-	-	-	-	-
	579,2	0,2	579,0	-		387,5	1,8	227,7	-158,0
12.000	38,4	38,4	-	-	3.819	13,9	15,3	-	1,4
	38,4	38,4	-	-		13,9	15,3	-	1,4
47	4,6	-	4,6	-	80	7,8	-	7,2	-0,6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	1	6,2	-	-	-6,2
1.190	72,2	0,1	72,1	-	1.348	59,3	0,2	68,3	9,2
	76,8	0,1	76,7	-		73,3	0,2	75,5	2,4
	18.107,0	1.599,5	16.507,5	-		17.318,5	1.785,1	16.179,8	646,4

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Kosten der Legislative	Soll 2015				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis
1		Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	29.431,4	40,0	29.391,4	-
2		Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	9.237,4	-	9.237,4	-
3		Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	5.067,0	1.660,0	3.407,0	-
4		Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	74,0	-	74,0	-
		Summe		43.809,8	1.700,0	42.109,8	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2014					Ist 2013				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis
-	30.944,6	-	30.944,6	-	-	26.375,2	39,2	26.336,3	0,3
-	8.761,8	-	8.761,8	-	-	8.511,0	-	8.511,0	-
-	7.442,0	1.533,0	5.909,0	-	-	4.010,3	1.056,5	2.953,8	-
-	830,0	-	830,0	-	-	-	-	-	-
	47.978,4	1.533,0	46.445,4	-		38.896,5	1.095,7	37.801,1	0,3

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, Vertrag von Lissabon, Vereinbarung zwischen dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung betreffend Unterrichtung in EU-Angelegenheiten, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden die Rahmenbedingungen für Abgeordnete für die Arbeit im Parlament geschaffen sowie Verwaltungsdienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen erbracht.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Repräsentanz des Landtags nach außen
- Kontakte zu Partnerregionen, insbesondere in der EU
- Politische Zuarbeit, soweit die Repräsentanz des Landtags in Gremien dies erfordert
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten
- Berechnung der Entschädigungszahlungen, von Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u.a.
- Informationsvermittlung (Bibliotheksdienst, Landtagsinformationssystem, Pressespiegel)
- Betreuung des Vereins der Ehemaligen
- Personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen
- Fahrdienste
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung von Fraktions-/Parteienfinanzierung
- Budgetbüro

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Das Parlament.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	13.666	15.299	15.903	15.278	16.288
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	689,11	600,70	597,06	597,12	561,45
6.3.2 <u>Infrastrukturkosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Landtagsmandat	EUR					74.956
Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz	EUR					5.749

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

Bei der Kennzahl "Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz" werden nur die Kosten für die Anmietung und Betreuung der Arbeitsplätze sowie die Leitungskosten ausgewiesen. Nicht enthalten sind die anteiligen Kosten der Infrastruktur inkl. Serverfarm im Landtag.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	6.346.700	5.656.700	6.200.184
Sachkosten	4.872.600	5.049.500	4.741.707
Gesamtkosten	11.219.300	10.706.200	10.941.891
Erlöse	1.801.900	1.516.100	1.711.818
Betriebsergebnis	-9.417.400	-9.190.100	-9.230.073
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	9.417.400	9.190.100	9.495.100
Ergebnis	-	-	265.027

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit diesem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffende Anträge
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen
- Geschäftsführung Ältestenrat
- Geschäftsführung Plenum
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien
- Geheimschutz
- Geschäftsführung der Fachausschüsse
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für die Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüsse und für Präsidium und Ältestenrat
- Sitzungsdienst Plenum
- Organisation und Durchführung von Anhörungen
- Parlamentsdokumentation
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen)
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Landesregierung, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	29.390	30.652	26.667	30.987	31.313
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen						
Produktabgeltung je Menge	EUR	108,89	96,72	110,47	88,50	96,63
6.3.2 Bearbeitungskosten optimieren						
Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzungsstunde	EUR					14.261
Durchschnittliche Kosten einer Initiative	EUR					1.497

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

In der Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzung" wird der Aufwand aller Leistungen, die zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (inkl. Ausschusssitzungen und Anhörungen) einer Plenarsitzung notwendig sind, ausgewiesen (gesamter Leistungsumfang siehe Punkt 3.2 "Leistungen zum Produkt"). Die Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Initiative" weist den Aufwand aller Leistungen vom Eingang der Initiative beim Landtag bis hin zur Ablage im Archiv aus.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	2.506.100	2.369.000	2.000.789
Sachkosten	709.800	603.900	546.323
Gesamtkosten	3.215.900	2.972.900	2.547.112
Erlöse	15.500	8.300	15.589
Betriebsergebnis	-3.200.400	-2.964.600	-2.531.523
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	3.200.400	2.964.600	2.945.900
Ergebnis	-	-	414.377

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Bearbeitung von Petitionen
- Geschäftsführung und Protokolle für Petitionsausschuss und Vorprüfungskommission
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen
- Reisemanagement für Petitionsausschussreisen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	7.982	8.506	7.247	8.507	9.099
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	116,52	102,44	124,44	112,25	109,69
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Petition	EUR					1.028

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	746.000	690.200	569.729
Sachkosten	190.100	183.900	251.311
Gesamtkosten	936.100	874.100	821.040
Erlöse	6.000	2.700	6.226
Betriebsergebnis	-930.100	-871.400	-814.814
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	930.100	871.400	901.800
Ergebnis	-	-	86.986

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle im Hessischen Landtag
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessentag
- Assistententätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen
- Parlamentarischer Abend

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	7.781	6.762	9.308	9.629	5.372
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	113,40	117,18	76,16	94,46	113,46
6.3.2 <u>Kosten der "kleinen" Protokollanlässe optimieren / Ab 2012: Kosten der Protokollanlässe optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten je "kleinem" Protokollanlass / Ab 2012: Durchschnittliche Kosten je Protokollanlass	EUR					2.521

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	596.500	534.400	627.881
Sachkosten	290.300	259.900	266.931
Gesamtkosten	886.800	794.300	894.812
Erlöse	4.400	2.000	7.906
Betriebsergebnis	-882.400	-792.300	-886.906
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	882.400	792.300	708.900
Ergebnis	-	-	-178.006

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt.
- Ergänzend dazu soll ein Seminarprogramm für Besuchergruppen, insbesondere Schüler und Jugendliche, entwickelt werden.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Betreuung der Landtagswebsite
- Besucherdienst und Führungen
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Eigenveranstaltungen
- Verfassung und Herausgabe von Publikationen
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank und des amtlichen Handbuchs
- Betreuung von Fremdveranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	13.240	12.714	12.098	12.310	9.990
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	166,75	159,93	150,84	135,97	192,87
6.3.2 <u>Finanzmittel zielgerichtet einsetzen</u>						
Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmer	EUR					178
Durchschnittliche Kosten je Besucher	EUR					22

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	890.800	838.400	697.340
Sachkosten	1.331.100	1.226.700	941.664
Gesamtkosten	2.221.900	2.065.100	1.639.004
Erlöse	14.100	31.700	26.266
Betriebsergebnis	-2.207.800	-2.033.400	-1.612.738
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	2.207.800	2.033.400	1.824.900
Ergebnis	-	-	212.162

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 1:

Bezeichnung: Enquetekommission "Integration"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 6. Oktober 2009 (Drucksachen 18/1172 und 18/1159)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen vorzunehmen und Vorschläge für die hessische Integrations- und Migrationspolitik zu machen. Dabei sollen insbesondere die mit Migration und Integration verbundenen Problemstellungen und Chancen herausgearbeitet und dargestellt werden. Migration kann zahlreiche wünschenswerte Effekte für die hessische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und das Zusammenleben bedingen. Die Enquetekommission soll Konzepte entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können.

Unverzichtbares Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen sowie im Bereich der Bildung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationsspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Hessen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf beiden Seiten bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Integration ist ein auf Wechselseitigkeit beruhender gesamtgesellschaftlicher Prozess und gleichzeitig eine kontinuierlich zu gestaltende politische Schlüsselaufgabe. Das Ziel einer erfolgreichen Integrationspolitik besteht darin, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer gleichberechtigten Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes und im Geiste der Akzeptanz kultureller Vielfalt zu ermöglichen.

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	-	-	37.407
Sachkosten	-	-	33.080
Gesamtkosten	-	-	70.487
Erlöse	-	-	316
Betriebsergebnis	-	-	-70.171
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	227.700
Ergebnis	-	-	157.529

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 2:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/2140 und 18/2158 in der 40. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, aufzuklären, welche Umstände zu der aktuellen Besetzung der Position der Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums geführt haben, und ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	-	-	943
Sachkosten	-	-	503
Gesamtkosten	-	-	1.446
Erlöse	-	-	16
Betriebsergebnis	-	-	-1.430
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-1.430

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 3:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/3 apl.

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/6813 in der 126. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, ob und inwieweit das Handeln, d.h. jegliches Tun und Unterlassen, der Landesregierung in Zusammenhang mit der Förderung der European Business School (EBS) und ihrer Erweiterung zur Universität durch den Aufbau der Law School zweckmäßig, zielgerichtet, fehlerfrei, sachgerecht und rechtmäßig und mit den einschlägigen Vorschriften vereinbar war. Außerdem ist zu klären, inwieweit die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß, zeitnah und vollständig über diese Vorgänge und das Handeln der Landesregierung informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	-	-	128.218
Sachkosten	-	-	185.878
Gesamtkosten	-	-	314.096
Erlöse	-	-	-
Betriebsergebnis	-	-	-314.096
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-314.096

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 4:

Bezeichnung: Enquetekommission "Bildung"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 12. März 2014 (6. Plenarsitzung - Drucks. 19/191)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, die gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen an frühkindliche, schulische und berufliche Bildung aller Kinder und Jugendlichen zur individuellen Lebensbewältigung, zur Existenzsicherung, zur Verwirklichung von Chancengleichheit und zur Erziehung mündiger Bürger im Sinne des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Unverzichtbares Ziel ist es, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozio-ökonomischen Lage und der kulturell-ethnischen Herkunft der Eltern nachhaltig zu lösen und an den Begabungen und Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu orientieren.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Enquetekommission soll politische Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und Herausforderungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten schulischen Bildungspolitik und für einen effizienten und zielgerichteten Mitteleinsatz erarbeiten.

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	38.700	79.100	-
Sachkosten	131.800	80.100	-
Gesamtkosten	170.500	159.200	-
Erlöse	300	200	-
Betriebsergebnis	-170.200	-159.000	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	170.200	159.000	-
Ergebnis	-	-	-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 5:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 19/1

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 19/193 in nach mündlichem Antrag geänderter Fassung in der 7. Plenarsitzung am 13. März 2014

Art. 99 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, wer für die rechtswidrigen Anordnungen zur vorläufigen Stilllegung der beiden Atomkraftwerksblöcke in Biblis verantwortlich ist und welche Umstände zur rechtswidrigen Stilllegungsverfügung von 18. März 2011 geführt haben. Es ist ebenfalls aufzuklären, ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	21.400	-	-
Sachkosten	116.300	120.000	-
Gesamtkosten	137.700	120.000	-
Erlöse	100	-	-
Betriebsergebnis	-137.600	-120.000	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	137.600	120.000	-
Ergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 6:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 19/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags zu Drucks. 19/445 in der 13. Plenarsitzung am 22. Mai 2014
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, in welcher Weise die hessischen Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der Landesebene und mit den Bundesbehörden und anderen Landesbehörden in Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat und der NSU-Mordserie zusammengearbeitet haben und welche Fehler bei der Aufklärung der NSU-Morde in Hessen im Rahmen der Ermittlungsarbeit und des Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden begangen wurden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	27.300	-	-
Sachkosten	725.500	300.000	-
Gesamtkosten	752.800	300.000	-
Erlöse	100	-	-
Betriebsergebnis	-752.700	-300.000	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	752.700	300.000	-
Ergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Herstellung von Druckerzeugnissen

3.2 Fachleistungen zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
je 100 bedruckte Seiten	Stück	4.500	12.000	3.819	1.000	2.034
Anzahl Stunden (informativ)	BE				20	58
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Erläuterung zu Mengen

Nach der Einführung eines neuen Verrechnungsschemas wird die Anzahl der Stunden nicht mehr zusätzlich erfasst.

Erläuterung zu Kennzahlen

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	60	47	80	33	7
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen						
Produktabgeltung je Menge	EUR	131,67	96,81	90,57	81,05	0

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	6.700	3.900	6.586
Sachkosten	1.300	700	1.232
Gesamtkosten	8.000	4.600	7.818
Erlöse	100	–	36
Betriebsergebnis	-7.900	-4.600	-7.782
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	7.900	4.600	7.245
Ergebnis	–	–	-537

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Unterstützung anderer Buchungskreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	0	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	-	-	-
Sachkosten	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	-
Erlöse	-	-	-
Betriebsergebnis	-	-	-
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen, LPK

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Mitglieder der Landespressekonferenz (LPK)
- Ausfertigung von Pressespiegeln für Mitglieder der LPK

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung und Mitglieder der LPK

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	2	81
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	0	0	0	920,48	139,36

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	77.600	-	-
Sachkosten	74.700	-	6.217
Gesamtkosten	152.300	-	6.217
Erlöse	4.900	-	-
Betriebsergebnis	-147.400	-	-6.217
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	147.400	-	-
Ergebnis	-	-	-6.217

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessische Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	1.565	1.190	1.348	1.481	1.196
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	46,65	60,59	50,68	30,20	61,75

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	66.700	64.600	54.057
Sachkosten	6.500	7.600	5.232
Gesamtkosten	73.200	72.200	59.289
Erlöse	200	100	165
Betriebsergebnis	-73.000	-72.100	-59.124
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	73.000	72.100	68.300
Ergebnis	-	-	9.176

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
1	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
2		Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
		<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	–	–	41.089
4	500-519, 544	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	17.926.900	16.509.000	16.179.845
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	–	–	–
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	–	–	–
	500-509, 519	Umsatzerlöse	–	1.500	–
	544	Produktabgeltung	17.926.900	16.507.500	16.179.845
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	–	–	2.917
6	530-539, 545-549	Sonstige Erträge	1.865.800	1.598.000	1.809.898
7		Summe Erträge	19.792.700	18.107.000	18.033.749
8	600-619, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	2.967.300	2.615.400	1.810.941
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	894.300	937.600	825.925
	610-619	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.073.000	1.677.800	985.016
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
9	620-649	Personalaufwand	11.334.200	10.254.900	10.359.751
	620-629	Entgelte	4.226.300	3.810.800	3.986.257
	630-639	Bezüge	4.143.600	4.191.700	4.174.209
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.964.300	2.252.400	2.199.285
10	660-669	Abschreibungen	1.486.900	1.611.800	1.568.741
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.486.900	1.611.800	1.568.741
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	–	–	–
11	720-728, 7290-7292	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
		<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
12	710-717, 719, 7293-7299, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	–	–	–
13	650-659, 670-699	sonstige Aufwendungen	3.939.600	3.537.000	3.594.695
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	185.300	165.300	154.635
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.437.000	2.112.100	2.481.369
	680-699	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	1.317.300	1.259.600	958.691
14		Summe Aufwendungen	19.728.000	18.019.100	17.334.128
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	64.700	87.900	699.621

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
	560	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
		<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	28
	570	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	57.700	81.600	77.296
	750	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-57.700	-81.600	-77.268
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	7.000	6.300	622.353
24	590, 592-594, 599	Außerordentliche Erträge	-	229.000	-
	599	<i>davon Erträge aus der Auflösung von Rücklagen</i>	-	229.000	-
25	791-799	Außerordentliche Aufwendungen	-	229.000	308.125
	796	<i>davon Aufwendungen durch die Zuführung von Rücklagen</i>	-	-	308.125
26		Außerordentliches Ergebnis (Saldo 24 und 25)	-	-	-308.125
27	700-709, 770-779	Steuern	7.000	6.300	6.103
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	7.000	6.300	6.103
28	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-308.125
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	308.125
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 26, 27 u. 28)	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
30	538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	43.809.800	47.978.400	38.896.950
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	1.700.000	1.533.000	1.056.546
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	42.109.800	46.445.400	37.801.165
	548	Erstattungen Legislative	–	–	39.239
31		Summe Erträge Legislative	43.809.800	47.978.400	38.896.950
32	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	36.447.200	39.022.800	31.489.644
33		Summe Aufwand Legislative	36.447.200	39.022.800	31.489.644
34		Ergebnis Legislative	7.362.600	8.955.600	7.407.306
35	576	Zinserträge Legislative	–	–	–
36		Finanzertrag Legislative	–	–	–
37	757	Zinsaufwand Legislative	6.400.000	7.993.000	6.444.687
38		Finanzaufwand Legislative	6.400.000	7.993.000	6.444.687
39		Finanzergebnis	-6.400.000	-7.993.000	-6.444.687
40	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	–	–	–
41		Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–
42	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	962.600	962.600	962.619
43		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	962.600	962.600	962.619
44		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-962.600	-962.600	-962.619
45		Jahresergebnis Legislative	–	–	–

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	2.900 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	472.600 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	153.400 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	144.100 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge

-

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2013 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

Zu Pos. 9: In den Personalaufwendungen sind enthalten

Beiträge an die Vorsorgekasse	1.630.800 EUR
Beiträge an die Unfallkasse	32.900 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	-353.500 EUR
Sonstige Rückstellungen	272.700 EUR

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 544:

Davon als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse: 228.300 EUR

Zu VKR 680-699:

Davon 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu VKR 658:

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Die für Zahlungen nach dem Abgeordnetenrecht geplante Abgeltung (kameraler Zuschuss) verteilt sich wie folgt:

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	17.678.800
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	9.204.800	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	591.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	5.622.000	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	774.000	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.200.000	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	287.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	17.678.800	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	6.741.000
Summe:	–	24.419.800

Als nicht zahlungswirksamer Aufwand sind Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	10.930.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	4.870.000 EUR
Nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) aus 2009	962.600 EUR
Gesamt	16.762.600 EUR

Von den Zuführungsbeträgen entfallen 6.400.000 EUR auf Aufzinsungen.

Aufwandsmindernd ist die Inanspruchnahme von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	150.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	6.460.000 EUR
Gesamt	6.610.000 EUR

Als Ertrag ist die Auflösung von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	40.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	1.660.000 EUR

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind Aufwendungen in Höhe von 7.693.400 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

	EUR	EUR
CDU	–	1.924.608
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (47 x 13.000 EUR)	611.000	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	790.878	
Aufkommen von 1 weggefallenen Planstelle	82.530	
Zusammen	1.924.608	
SPD	–	1.887.133
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (37 x 13.000 EUR)	481.000	
Oppositionszuschlag	162.761	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	523.692	
Aufkommen von 4 weggefallenen Planstellen	279.480	
Zusammen	1.887.133	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.413.042
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (14 x 13.000 EUR)	182.000	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen bzw. Stellen	790.842	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.413.042	
DIE LINKE	–	1.152.946
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	31.104	
Stellenaufkommen von 0 Planstellen	–	
Aufkommen von 8 vergleichbaren weggefallenen Planstellen	603.642	
Zusammen	1.152.946	
FDP	–	1.315.667
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	31.104	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	766.363	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.315.667	
Summe	–	7.693.396

Jede Fraktion erhält zur Deckung ihres Bedarfes einen Grundbetrag, der sich aus einem allgemeinen Grundbetrag (440.200 EUR) und einem Personalgrundbetrag, der auf der Basis von zugeordneten vorhandenen oder weggefallenen Planstellen oder Stellen nach Standardpersonalkosten (Planbetrag für das Haushaltsjahr nach der Tabelle des HMdLuS) festgesetzt wird, zusammensetzt. Sind einer Fraktion keine Planstellen / Stellen zugeordnet, so wird der Personalgrundbetrag aus den Standardpersonalkosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe B3, für je zwei Planstellen der Besoldungsgruppen A16 und A15 und für drei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, jeweils ohne Vorsorgeprämie, ermittelt.

Jede Fraktion erhält einen Betrag für jedes Mitglied (13.000 EUR).

Jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt, erhält einen Oppositionszuschlag.

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag (insgesamt 4.821.621 EUR) werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden zugeordnete Planstellen bzw. Stellen nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um die Vorsorgeprämie, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe angehören, welche nicht die Wertigkeit der Planstelle oder Stelle erreicht, auf der sie geführt werden, so wird der Differenzbetrag zwischen den geplanten Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) und den den Beschäftigten nach ihrer tatsächlichen Eingruppierung zuzurechnenden Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion ausbezahlt. Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die die regelmäßige Arbeitszeit geringer als eine Vollzeitkraft vereinbart haben (Teilzeitbeschäftigte), so werden die Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion in der Höhe ausgezahlt, die auf den Zeitanteil entfällt, um den die Arbeitszeit verringert ist.

Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes in gleichem Umfang teil, wie die Personalkostenansätze der Gruppen 422 und 428 in Kapitel 01 01.

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist für das Haushaltsjahr 2015 eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.544.100 EUR geplant.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		79.000	145.600	28.703
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	79.000	145.600	28.703
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		–	–	245.572
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	245.572
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		553.400	319.800	339.696
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	553.400	319.800	339.696
Investitionen in Finanzanlagen		–	–	–
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		632.400	465.400	613.971
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	632.400	465.400	613.971
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		632.400	465.400	613.971

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 000-049:

30.000 EUR für Server-Lizenzenden (Betriebssysteme und Datenbanken),
30.000 EUR für die Modernisierung des Sprachaufzeichnungssystems im Plenarsaal,
4.000 EUR für eine CAD-Software für die Erstellung von Bauplänen,
15.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware für Abgeordnete, Fraktionen und die Landtagskanzlei.

Bei Investitionen in Anwendungen, die nicht mit Standard-Software abgedeckt werden können, ist der Einkauf von Fremdleistungen (Beratung, Konzeption, Implementierung, Tests usw.) im Planbetrag berücksichtigt.

Zu VKR 050-069, 091, 096:

Im Ist 2013 sind Investitionen in Höhe von 245.572,17 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Zu VKR 070-089, 090, 095:

150.000 EUR für die Ausstattung und Infrastruktur eines Backup-Serverraumes,
70.000 EUR für den Ausbau und die Teilerneuerung der Serverfarm,
64.500 EUR für die Digitalisierung von Kamera-, Video-, Übertragungs- und Projektionstechnik,
35.000 EUR für die Erneuerung von Netzwerkkomponenten,
20.900 EUR für die Digitalisierung des Kamera-Überwachungssystems,
20.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
14.500 EUR für die Aufwertung der Beschallungstechnik im Plenarsaalgebäude,
98.700 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
33.100 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Restaurantausstattung und Küchentechnik,
9.300 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Etagedruckern,
7.200 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Dokumentenscannern,
30.200 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung einschl. geringwertiger Ausstattung.

Im Ist 2013 sind Investitionen in Höhe von 13.094,94 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR
Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	17.926.900	16.507.500
+ Investitionen lt. Finanzplan	632.400	465.400
- Abschreibungen	1.486.900	1.611.800
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	272.700	-43.400
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	353.500	-
- Entnahmen aus den kameralen Rücklagen	-	229.000
+/- Neutrales Ergebnis	-	-
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	42.109.800	46.445.400
- Zuführungen zu Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	16.762.600	21.065.600
+ Inanspruchnahme von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	6.610.000	8.358.000
+ Auflösung von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	1.700.000	1.533.000
- Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	50.810.400	50.446.300

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
01 01	Landtag			
	E I N N A H M E N			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
111	011 Gebühren, sonstige Entgelte.	—	—	11
119	011 Sonstige Verwaltungseinnahmen. Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten auf- gesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstel- lung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötig- ten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	1 687 900	1 430 200	1 530 417
124	011 Mieten und Pachten.	178 000	139 300	177 416
125	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit.	—	—	34
131	011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen. . . .	—	—	—
132	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	380
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
232	011 Sonstige Zuweisungen von Ländern.	—	—	71 646
235	253 Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern so- wie von der Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—
281	011 Sonstige Erstattungen aus dem Inland.	—	—	16 176
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
359	850 Sonstige Entnahmen.	—	229 000	—
381	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	—	27 500	35 718
389	890 Sonstige Verrechnungen.	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 01 01.	1 865 900	1 826 000	1 831 798

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
411	011 Aufwendungen für Abgeordnete.	24 419 800	26 509 000	24 347 773
412	011 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	—	—	—
422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	4 030 400	4 113 600	4 096 212
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	—	—	—
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	5 778 500	5 222 000	5 320 840
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	7 700	6 800	3 002
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	500	6 000	—
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	7 000	11 500	6 390
461	880 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände.	776 700	747 900	771 445
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl..	197 600	183 300	151 852
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.	1 190 500	1 074 600	1 163 518
518	011 Mieten und Pachten.	608 300	722 500	655 445
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	638 000	776 100	526 649
525	011 Aus- und Fortbildung.	77 900	50 000	51 005
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	109 700	140 300	105 310
527	011 Dienstreisen.	99 600	86 400	75 201
529	011 Verfügungsmittel.	67 000	67 000	64 712
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öff- fentlichkeitsarbeit. Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffent- liche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	310 100	554 400	206 149
536	011 Verfahrensauslagen.	—	—	—
537	011 Beförderungskosten.	5 500	6 700	5 099
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	1 962 900	1 143 600	933 541

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
542	011 Steuern und Abgaben.	—	—	1 202
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	510 500	177 300	280 053
n e u				
547	011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	124 700	—	—
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
632	011 Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder.	9 300	9 100	9 127
671	011 Erstattungen an Inland.	90 000	90 000	89 688
681	011 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.	10 500	—	—
684	011 Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes. 1. Die Mittel sind übertragbar. 2. Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes wie die vergleichbaren Ansätze der Gruppen 422 und 428 teil.	9 237 500	8 761 800	8 511 027
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen . Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.	8 800	8 600	8 709
687	011 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).	—	—	—
Baumaßnahmen				
711	011 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.	—	—	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen.	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . .	408 800	337 700	80 713
Besondere Finanzierungsausgaben				
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	—
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	1 663 700	1 041 500	1 040 100
989	890 Sonstige Verrechnungen.	324 800	267 000	407 579
Weggefallene Titel				
425	011 Vergütungen der Angestellten.	—	—	—
426	011 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.	—	—	—

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
546	011 Vermischter Sachaufwand.....	—	157 600	119 046
917	850 Zuführungen an Versorgungsrücklagen.....	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 01 01.....	52 676 300	52 272 300	49 031 388
 Abschluss Kapitel 01 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.....	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.....	1 865 900	1 569 500	1 708 259
2	Übertragungseinnahmen.....	—	—	87 821
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.....	—	256 500	35 718
	Gesamteinnahmen.....	1 865 900	1 826 000	1 831 798
4	Personalausgaben.....	34 243 900	35 868 900	33 774 218
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.....	6 679 000	5 887 700	5 110 226
	Ausgaben für den Schuldendienst.....	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.....	9 356 100	8 869 500	8 618 551
7	Baumaßnahmen.....	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.....	408 800	337 700	80 713
9	Besondere Finanzierungsausgaben.....	1 988 500	1 308 500	1 447 679
	Gesamtausgaben.....	52 676 300	52 272 300	49 031 388
	Zuschuss/Überschuss.....	-50 810 400	-50 446 300	-47 199 589

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Datenschutzbeauftragter

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG, § 38 BDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in der Europäischen Union, in Bund und in den Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Der weitaus größte Anteil der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten sind nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen dürfen schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und Art. 28 Abs. 1 EG-Datenschutzrichtlinie nicht entwickelt werden, denn eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen ist unzulässig (s. Urteil des EuGH vom 9. März 2010 C 518/07). Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Seit seiner Wiederwahl im März 2014 ist der Hessische Datenschutzbeauftragte hauptamtlich tätig. Seine Position ist ein Amt besonderer Art und deshalb nicht als Beamtenposition ausgestattet. Näheres ist in § 21 HDSG geregelt.

Die Personal- und Sachausstattung ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die Ansätze der beiden Produkte und der Zwischenbehördlichen Leistungen sind gegenseitig deckungsfähig, damit der Hessische Datenschutzbeauftragte auf die an ihn herangetragenen Anforderungen flexibel reagieren kann.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen können bis zu 100 v.H. des kamerale Jahresüberschusses zur Finanzierung der Neuordnung des Datenschutzes in künftigen Haushaltsjahren in eine kamerale Rücklage eingestellt werden.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kamerale Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kamerale Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2013 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 643.577,16 EUR.

Zum 31.12.2013 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 110.657,43 EUR.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2015				Ergebnis
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	
Produkte							
6		Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	44.573	4.036,9	8,3	4.028,6	-
7		Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	6.031	566,2	0,2	566,0	-
Summe Produkte				4.603,1	8,5	4.594,6	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
7		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise (HDSB)	-	-	-	-	-
8	neu	Ausbildung von Rechtsreferendaren (HDSB)	83	7,0	15,0	-	8,0
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				7,0	15,0	-	8,0
Gesamtsumme				4.610,1	23,5	4.594,6	8,0

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2014					Ist 2013				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
39.047	3.736,4	8,3	3.728,1	-	41.489	3.190,3	23,7	3.242,3	75,7
4.703	481,7	0,2	481,5	-	4.074	334,7	0,5	420,4	86,2
	4.218,1	8,5	4.209,6	-		3.525,0	24,2	3.662,7	161,9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	179	13,1	-	-	-13,1
	-	-	-	-		13,1	-	-	-13,1
	4.218,1	8,5	4.209,6	-		3.538,1	24,2	3.662,7	148,8

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz und Bundesdatenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratung und Kontrolle der der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG und nach § 24 Abs. 4 i.V.m. § 38 und § 2 BDSG unterliegenden öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Personen.

Der Aufwand für Prüfungen und Beratungen wird sich im nicht öffentlichen Bereich verstärken und zu einer weiteren Verschiebung der Kapazitäten zugunsten dieses Produktes führen. Es werden mehr Vor-Ort-Kontrollen (z.B. Videoüberwachung, biometrische Systeme) erforderlich sein. Durch Eingaben von privaten Datenschutzvereinigungen, durch die Zuständigkeit für große Kreditinstitute, die Schufa, viele Unternehmen der DB sind Massenansprüche ebenso wie Eingabehäufungen durch tagesaktuelle Themen wie Werbe- und Gewinnspielaktionen zu erwarten. Nachdem im repressiven Bereich zunächst Erfahrungen gesammelt werden mussten, wird erheblicher neuer Aufwand für Anordnungen, Untersagungen, Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie ggf. Klageverfahren entstehen. Der Aufwand für die Mitarbeit in Arbeitskreisen und Koordinierungsgremien wird infolge des Aufgabenzuwachses steigen, nachdem das neue Personal eingearbeitet ist.

3.2 Leistungen zum Produkt

Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen, zum anderen Teil auf Beantwortung von Beratungsanfragen von Behörden und Unternehmen sowie auf der Bearbeitung von Eingaben von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG und nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung einschließlich Ordnungswidrigkeitenverfahren (Recht und IT)
- Bürger-/ Behördenanfragen (Recht und IT)
- Durchführung von Schulungen (Recht und IT)
- Marktbeobachtung / Test (IT)
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise (Recht und IT)
- Sonderprojekte (Recht und IT)

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG oder nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG ausübt.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten	STD	44.573	39.047	41.489	35.303	22.438
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen						
Produktabgeltung je Menge	EUR	90,38	95,47	78,15	89,09	89,56

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	3.151.400	2.680.700	2.532.725
Sachkosten	885.500	1.055.700	657.587
Gesamtkosten	4.036.900	3.736.400	3.190.312
Erlöse	8.300	8.300	23.727
Betriebsergebnis	-4.028.600	-3.728.100	-3.166.585
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	4.028.600	3.728.100	3.242.269
Ergebnis	-	-	75.684

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

In diesem Produkt sind alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes, des freien Zugangs zu Informationen sowie die Information der Landesregierung und des Parlaments durch die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts und die Durchführung von Veranstaltungen wie insbesondere das Wiesbadener Forum Datenschutz. Zum Produkt gehört auch die Erstellung von Informationsmaterialien sowie die Pressearbeit zu aktuellen Themen.

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss. Neue IT-Verfahren und Bestrebungen im Bereich E-Government haben zunehmenden Einfluss auf die Gesetzgebung (DE-Mail, eGovernment-Gesetz, zunehmende Querschnittsgesetze zum Übergang auf elektronische Kommunikationsverfahren). Außerdem sind die Rechtsentwicklungen der EU kritisch zu begleiten (Förderung von Transparenz und Informationszugang, neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in der EU).

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten
- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament (Recht und IT)
- Bearbeitung von Grundsatzfragen
- Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts
- Durchführung des jährlichen "Wiesbadener Forum Datenschutz" und ggfs. anderer Veranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)	STD	6.031	4.703	4.074	4.334	2.686
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	93,88	102,37	103,19	94,56	151,11

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	425.900	329.300	258.166
Sachkosten	140.300	152.400	76.581
Gesamtkosten	566.200	481.700	334.747
Erlöse	200	200	456
Betriebsergebnis	-566.000	-481.500	-334.291
Neutrale Aufwendungen	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-
Produktabgeltung	566.000	481.500	420.418
Ergebnis	-	-	86.127

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 8:

Ausbildung von Rechtsreferendaren (HDSB)

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Ausbildungsvorschriften (DRiG, GVG, JAG, JAO, Ausbildungspläne)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung von Rechtsreferendaren

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Leistungsempfängers

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	STD	83	-	179	-	-
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Personalkosten	5.700	–	13.022
Sachkosten	1.300	–	35
Gesamtkosten	7.000	–	13.057
Erlöse	15.000	–	47
Betriebsergebnis	8.000	–	-13.010
Neutrale Aufwendungen	–	–	–
Neutrale Erträge	–	–	–
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	8.000	–	-13.010

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
1	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
2		Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
		<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	–	–	–
4	500-519, 544	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	4.615.600	4.215.600	3.678.334
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	–	–	592
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	5.000	5.000	10.750
	500-509, 519	Umsatzerlöse	16.000	1.000	4.305
	544	Produktabgeltung	4.594.600	4.209.600	3.662.687
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
6	530-539, 545-549	Sonstige Erträge	2.500	2.500	8.426
7		Summe Erträge	4.618.100	4.218.100	3.686.760
8	600-619, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	112.000	357.100	61.598
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	44.500	47.400	27.031
	610-619	Aufwendungen für bezogene Leistungen	67.500	309.700	34.567
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
9	620-649	Personalaufwand	3.582.900	3.010.000	2.810.542
	620-629	Entgelte	759.600	406.300	503.425
	630-639	Bezüge	1.927.000	2.148.200	1.810.978
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	896.300	455.500	496.139
10	660-669	Abschreibungen	36.100	110.900	51.370
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	36.100	110.900	51.370
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	–	–	–
11	720-728, 7290-7292	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	–	–	–
		<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	–	–	–
12	710-717, 719, 7293-7299, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	–	–	–
13	650-659, 670-699	sonstige Aufwendungen	879.100	740.100	572.514
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	11.700	10.500	22.309
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	675.900	592.300	450.825
	680-699	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	191.500	137.300	99.380
14		Summe Aufwendungen	4.610.100	4.218.100	3.496.024
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	8.000	–	190.736

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
	560	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
		<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
	570	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
	750	<i>davon aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen</i>	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-	-	-
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	8.000	-	190.736
24	590, 592-594, 599	Außerordentliche Erträge	230.900	-	143.445
	599	<i>davon Erträge aus der Auflösung von Rücklagen</i>	230.900	-	-
25	791-799	Außerordentliche Aufwendungen	230.900	-	166.988
	796	<i>davon Aufwendungen durch die Zuführung von Rücklagen</i>	-	-	166.988
26		Außerordentliches Ergebnis (Saldo 24 und 25)	-	-	-23.543
27	700-709, 770-779	Steuern	-	-	205
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	-	-	205
28	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-166.988
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	166.988
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 26, 27 u. 28)	8.000	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
30	538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	-	-	-
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-
31		Summe Erträge Legislative	-	-	-
32	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
33		Summe Aufwand Legislative	-	-	-
34		Ergebnis Legislative	-	-	-
35	576	Zinserträge Legislative	-	-	-
36		Finanzertrag Legislative	-	-	-
37	757	Zinsaufwand Legislative	-	-	-
38		Finanzaufwand Legislative	-	-	-
39		Finanzergebnis	-	-	-
40	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	-	-	-
41		Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
42	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	-	-	-
43		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
44		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-
45		Jahresergebnis Legislative	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	500 EUR
Hessische Zentrale der Datenverarbeitung (HZD)	30.000 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	31.800 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	6.100 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Es ist die Inanspruchnahme von Mitteln aus der kameralen Rücklage geplant (230.900 EUR). Die Mittel waren der Rücklage zur Finanzierung der Neuordnung des Datenschutzes in Hessen zugeführt worden und die Entnahme ist für diesen Zweck vorgesehen.

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2013 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

Zu Pos. 9: In den Personalaufwendungen sind enthalten:

Beiträge an die Vorsorgekasse	675.900 EUR
Beiträge an die Unfallkasse	3.300 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	-
Sonstige Rückstellungen	70.000 EUR

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 680-699:

Davon 4.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Verfügungsmitteln sind auch Aufwendungen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen wie z.B. anlässlich dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen, zu bestreiten.

Im Haushaltsjahr 2015 davon 15.000 EUR neu insbesondere für die Ausrichtung der turnusmäßig in Hessen stattfindenden Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR	Ist 2013 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		2.100	2.100	-
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	2.100	2.100	-
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		-	-	-
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	-
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		30.600	30.600	-
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.600	30.600	-
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		32.700	32.700	-
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	32.700	32.700	-
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		32.700	32.700	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000-049:

2.100 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Zu VKR 070-089, 090, 095:

30.600 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2015 EUR	Soll 2014 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	4.594.600	4.209.600
+ Investitionen lt. Finanzplan	32.700	32.700
– Abschreibungen	36.100	110.900
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	–	–
– Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	70.000	54.800
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	–	–
– Differenz aus der ZBLV Ausbildung Rechtsreferendare (HDSB)	8.000	–
– Entnahme aus kameralen Rücklagen	230.900	–
+/- Neutrales Ergebnis	–	–
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	4.282.300	4.076.600

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	1 868 000	2 095 300	1 770 687
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	—	2 800	21 137
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	965 700	504 400	645 332
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	1 700	500	548
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	—	—	2 879
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	—	—	7 079
461	880 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	130 700	100 600	76 878
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5 000	5 000	4 470
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. ...	257 000	179 300	128 983
518	011 Mieten und Pachten.	390 000	361 600	252 657
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	15 000	250 000	4 800
525	011 Aus- und Fortbildung.	10 000	10 000	8 519
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	21 000	21 000	22 500
527	011 Dienstreisen.	60 000	60 000	48 279
529	011 Verfügungsmittel.	4 000	4 000	3 442
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit. Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	35 000	30 000	19 797
neu				
536	011 Verfahrensauslagen.	—	—	—
537	011 Beförderungskosten.	1 000	11 000	357
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	39 000	69 200	35 718
542	011 Steuern und Abgaben.	—	—	—

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
n e u 545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	15 000	—	—
n e u 547	011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	—	—	—
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
633	011 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	—	—	—
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen .	1 000	1 000	837
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . .	—	—	—
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	143 445
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	679 200	352 700	352 600
989	890 Sonstige Verrechnungen.	38 400	26 700	51 130
	Weggefallene Titel			
425	011 Vergütungen der Angestellten.	—	—	—
546	011 Vermischter Sachaufwand.	—	—	21
917	850 Zuführungen an Versorgungsrücklagen.	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 01 03.	4 536 700	4 085 100	3 602 095

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	IST 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.	8 500	8 500	23 648
2	Übertragungseinnahmen.	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.	245 900	—	105
	Gesamteinnahmen.	254 400	8 500	23 753
4	Personalausgaben.	2 835 400	2 603 000	2 447 662
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.	982 700	1 101 700	606 421
	Ausgaben für den Schuldendienst.	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.	1 000	1 000	837
7	Baumaßnahmen.	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben.	717 600	379 400	547 175
	Gesamtausgaben.	4 536 700	4 085 100	3 602 095
	Zuschuss/Überschuss.	-4 282 300	-4 076 600	-3 578 342

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2015

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	Eigene Einnahmen EUR	Übertragungseinnahmen EUR	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR
01 01	Landtag	—	1.865.900	—	—	1.865.900
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	8.500	—	245.900	254.400
Insgesamt:		—	1.874.400	—	245.900	2.120.300

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
34.243.900	6.679.000 —	9.356.100	—	408.800	1.988.500	52.676.300	-50.810.400
2.835.400	982.700 —	1.000	—	—	717.600	4.536.700	-4.282.300
37.079.300	7.661.700 —	9.357.100	—	408.800	2.706.100	57.213.000	-55.092.700

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2015

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2015 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2015 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 01 01 Landtag

S T E L L E N P L A N

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2015	(2014)	
Feste Gehälter				
B 8	(001)	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(001)	1		Ministerialdirigent/in
B 6	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
B 3	(001)	7		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 5 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	20		Ministerialrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 16	(000)	0,5	(-)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 15	(001)	22	(23)	Regierungsdirektor/in davon: 8 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2018
A 14	(001)	16		Regierungsoberrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers
A 13 h.D.	(001)	7	(6)	Regierungsrat/rätin davon: 1 Planstelle, die von einer Fraktion in Anspruch genommen werden kann
A 13 g.D.	(001)	1		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	2,5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	1,5		Oberinspektor/in
		83	(82,5)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2014	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2015		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2015		Hebungen 2015		Umset- zungen/ Umwandl. 2015			Sonstige Verände- rungen 2015	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
A 16	(000)	0,0		0,5															0,5
A 15	(001)	23,0				1,0													22,0
A 13 h.D.	(001)	6,0				1,0													7,0
Versch.		53,5																	53,5
Zusammen		82,5		0,5		1,0	1,0												83,0

Zu Spalte 5: 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2013 und 2014

Zu Spalte 7: Umwandlung infolge Wirksamwerdens des ku-Vermerkes

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 28 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen	
		2015	(2014)

Aufsteigende Gehälter

A 16	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 15	(992)	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
A 15	(976)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 15	(981)	2	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
		6	(4)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2014	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2015					
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2015		Hebungen 2015		Umset- zungen/ Umwandl. 2015			Sonstige Verände- rungen 2015				
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12											
A 15	(976)	1,0		1,0																		2,0
A 15	(981)	0,0		2,0																		2,0
A 15	(992)	1,0						1,0														0,0
Versch.		2,0																				2,0
Zusammen		4,0		3,0				1,0														6,0

Zu Spalte 2: Leerstellen für zwei in den Deutschen Bundestag gewählte Bedienstete

Zu Spalte 5: Leerstelle für eine nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 HG 2013 und 2014 beurlaubte Bedienstete

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2015	(2014)	
Höherer Dienst	(001)	3		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	28		Gehobener Dienst
				davon:
				1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann
				1 Stelleninhaber hat eine Dienstwohnung
Gehobener Dienst	(000)	1,5	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	66,5	(53)	Mittlerer Dienst
Mittlerer Dienst	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
Einfacher Dienst	(001)	-	(14,5)	Einfacher Dienst
Auszubildende	(001)	3		Auszubildende
		103	(103)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2014	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2015		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2015		Hebungen 2015		Umset- zungen/ Umwandl. 2015			Sonstige Verände- rungen 2015	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12									
G. Dienst	(000)	0,5		1,0														1,5	
M. Dienst	(001)	53,0															13,5	66,5	
M. Dienst	(000)	1,0		1,0			1,0											1,0	
E. Dienst	(001)	14,5								1,0								0,0	
Versch.		34,0																34,0	
Zusammen		103,0		2,0			1,0			1,0							13,5	13,5	103,0

Zu Spalte 5: 4 mal 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2013 und 2014

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Zu Spalte 8: Wegfall infolge Stelleneinsparung

Zu Spalte 11: In Folge des Wegfalls des einfachen Dienstes im Beamtenbereich nach dem 2. DRModG werden die Stellen der Entgeltgruppen 1-4 künftig in der Laufbahngruppe "mittlerer Dienst" dargestellt. Höhergruppierungen sind damit nicht verbunden.

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

	Kennung	Stellen		
		2015	(2014)	
Gehobener Dienst	(992)	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
Mittlerer Dienst	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
		1	(2)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2015	(2014)	
Feste Gehälter				
B 4	(007)	1		Leitender/de Ministerialrat/rätin als Vertreter/in des Hessischen Datenschutzbeauftragten
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	8		Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	6		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	7		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	10		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3		Amtsrat/rätin
		35	(35)	

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2015	(2014)	
Aufsteigende Gehälter				
A 14	(992)	0,5	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
		0,5	(-)	

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2014	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2015						
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2015			Hebungen 2015		Umset- zungen/ Umwandl. 2015		Sonstige Verände- rungen 2015	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-	+	-	+	-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
A 14	(992)	0,0		0,5														0,5	
Versch.		0,0																0,0	
Zusammen		0,0		0,5														0,5	

Zu Spalte 5: 0,5 Leerstelle kw nach § 10 Abs. 1 Nr. 8 HG 2013 und 2014 für eine Bedienstete in Elternzeit

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2015	(2014)	
Atl.	(001)	2		Außertariflich
Gehobener Dienst	(001)	2,5		Gehobener Dienst
Gehobener Dienst	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	4,5	(3,5)	Mittlerer Dienst
		9,5	(8,5)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2014	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2015						
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2015			Hebungen 2015		Umset- zungen/ Umwandl. 2015		Sonstige Verände- rungen 2015	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-	+	-		
M. Dienst	(001)	3,5									1,0								4,5
Versch.		5,0																	5,0
Zusammen		8,5									1,0								9,5

Zu Spalte 8: Neu für eine(n) Angestellte(n) mit Fahrverpflichtung für den Hessischen Datenschutzbeauftragten

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.